



Jede dritte offene Stelle in der Leiharbeit

Nachricht, 27. Juli 2016

Die Leiharbeit nimmt eine zentrale Position auf dem Arbeitsmarkt ein. Ein Drittel der Stellen, die den Arbeitsagenturen und den Jobcentern für die Vermittlung im Juni 2016 von den Arbeitgebern gemeldet wurden, sind Leiharbeitsverhältnisse. In absoluten Zahlen ausgedrückt: 214.000 von 665.000 Stellen insgesamt. Damit nimmt die Leiharbeit mit großem Abstand die Spitzenposition bei den Wirtschaftsabschnitten ein. Danach kommen mit 64.000 das „Gesundheits- und Sozialwesen“ und mit 63.000 „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“. Beide Wirtschaftsabschnitte decken jeweils nicht einmal 10 Prozent der offenen Stelle ab.

In absoluten Zahlen sind die für die Vermittlung gemeldeten Stellen aus dem Bereich Leiharbeit in den vergangenen zwei Jahren in gleichem Maße deutlich gewachsen wie die offenen Stellen insgesamt. Im Juni 2014 waren ca. 161.000 offene Leiharbeitsverhältnisse gemeldet, im Juni 2015 187.000 und im Juni 2016 214.000. Innerhalb von

zwei Jahren ist die Zahl demnach um rund 33 Prozent, also um ein Drittel, angestiegen.

Auch die Vermittlung durch die Arbeitsagenturen und Jobcenter erfolgt mit 34 Prozent aller Arbeitsvermittlungen zu einem großen Teil in Leiharbeit. Dieser Anteil ist seit Jahren auf diesem hohen Niveau. Schaut man sich alle Abgänge aus Arbeitslosigkeit in Beschäftigung an (also nicht nur die Abgänge aufgrund einer Vermittlung durch die Arbeitsagenturen und Jobcenter), sind es 16 Prozent, die in Leiharbeit gehen.

65 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende) in der Leiharbeit erzielten 2013 (neuere Zahlen wird es erst im Herbst 2016 geben) einen monatlichen Bruttolohn unterhalb der Niedriglohnschwelle von 1.973 Euro. Im Vergleich dazu waren es in der Gesamtwirtschaft 20 Prozent. Der Anteil der Niedriglohnbezieher ist in der Leiharbeit somit mehr als drei Mal so hoch.

Klaus Ernst, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Leiter des Arbeitskreises Wirtschaft, Arbeit und Finanzen, kritisiert die Entwicklung: „Leiharbeit ist zur zentralen Beschäftigungsform auf dem Arbeitsmarkt geworden. „Hauptsache Arbeit“ ist das Motto – zu Lasten der Beschäftigten. Denn niedrige Löhne sind die Regel und das Risiko ist hoch, wieder arbeitslos zu werden. Lassen sich Arbeitslose nicht auf Leiharbeit ein, drohen Sanktionen durch das Arbeitsamt. Das ist keine gute Politik. Wir brauchen gute Arbeit und gute Löhne.“

„Leiharbeit muss endlich strikt begrenzt werden“, sagt Klaus Ernst: „Aber dieser Aufgabe verweigert sich die Bundesregierung. Nach aktuellen Plänen soll Leiharbeit im Einsatzbetrieb zukünftig sogar dauerhaft möglich sein – mit immer wechselnden Leiharbeitern. Equal Pay soll es erst nach 9 Monaten geben. Davon hat drei Viertel der Leiharbeiter nichts,

weil ihre Beschäftigung gar nicht so lange dauert. So wird das Zwei-Klassen-System zementiert, aber nicht abgeschafft. Da wundert es nicht, dass die Arbeitgeber sich über die Reformvorschläge aus dem Hause Nahles freuen.

Ernsts Fazit: "Was helfen würde: Der Einsatz von Leiharbeit im Betrieb wird auf drei Monate begrenzt und Equal Pay ab dem ersten Einsatztag vorgeschrieben."

linksfraktion.de, 27. Juli 2016